



DIE WAHLPROGRAMME ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025 AUS JUGENDPOLITISCHER PERSPEKTIVE



INHALT

1.	Wirksame Beteiligung und eigenständige Jugendpolitik	4
2.	Bundeszentrale Träger der Jugendverbandsarbeit stärken	6
3.	Demokratie achten und schützen	8
4.	Junges Engagement stärken	11
5.	Kinder- und Jugendarmut bekämpfen	13
6.	Nachhaltige Entwicklung und Klimagerechtigkeit	16
7.	Gesellschaftliche Vielfalt stärken	19
8.	Europa jugendgerecht gestalten	23
9.	Schuldenbremse abschaffen	25
10.	Orte der Demokratie durch gezielte Förderung stärken	27

*Hinweis für die Leser*innen:*

Beim Abgleich der Forderungen des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) mit den Inhalten der Wahlprogramme der Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP, BSW und Die LINKE wurde sich auf die aus Sicht des DBJR wesentlichen Punkte konzentriert. Es besteht kein Anspruch auf eine allumfassende Wiedergabe der einzelnen Programminhalte.

Umgang mit der AfD

Aus Sicht des DBJR hat die AfD mit ihren tatsächlichen Zielen und völkischen Bestrebungen den Boden der demokratischen Grundordnung verlassen. Die feststellbare Radikalisierung der AfD zeigt sich in einem offen menschenverachtenden völkischen Nationalismus und der Ablehnung der in der Würde des Menschen verankerten Gleichwertigkeit aller Menschen. Die tatsächlichen Ziele der Partei zeigen sich in öffentlichen Forderungen wie jenen der Parteispitze nach millionenfacher Deportation auch deutscher Staatsbürger*innen.¹ Für den DBJR ist es Selbstverständnis und satzungsmäßige „Aufgabe im Besonderen, militaristischen, nationalistischen, diskriminierenden und totalitären Tendenzen entgegenzuwirken und diese zu bekämpfen.“ (§ 2 Nr. 12 Satzung des DBJR). Die AfD ist als solche eine Gefahr für die Demokratie. Aus diesem Grund befasst sich der DBJR nicht mit ihren behaupteten Inhalten oder niedergeschriebenen vermeintlichen politischen Zielsetzungen. Das Parteiprogramm ist darüber hinaus öffentlich einsehbar und bedarf an dieser Stelle keine Wiederholung. Der Hauptausschuss des DBJR hat bereits 2016 beschlossen: „Der DBJR bietet der AfD mit ihren Positionen keine Bühne.“² Die AfD ist der parlamentarische Arm des Rechtsextremismus und des völkischen Nationalismus. Rechtsextremismus und damit die Abschaffung der freiheitlichen Demokratie und der Menschenwürde in der Bundesrepublik Deutschland ist damit als Partei wählbar. Die Feinde der Demokratie nutzen die Mittel der Demokratie, um diese von innen heraus abzuschaffen. Der DBJR fordert aus diesem Grund die Überprüfung der AfD auf ihre Verfassungswidrigkeit durch das Bundesverfassungsgericht.³

¹ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-programm-abschiebung-remigration-100.html>

² <https://www.dbjr.de/artikel/rechtspopulist-innen-entgegnetreten>

³ <https://www.dbjr.de/artikel/afd-partieverbotsverfahren-jetzt>

1.

WIRKSAME BETEILIGUNG UND EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK

Wenn die Belange junger Menschen betroffen sind, müssen junge Menschen strukturell-institutionell und wirksam eingebunden werden. **Jugendbeteiligung auf Bundesebene muss gestärkt und gesetzlich verankert werden.** Jedem Vorhaben der Bundesregierung muss ein angemessener und zielgruppengerechter Informations- und Beteiligungsprozess¹ vorangehen. Die Beteiligung von jungen Menschen an politischen Entscheidungsprozessen muss sich an den Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung ausrichten.²

Als Stärkung einer guten und eigenständigen Jugendpolitik muss diese wirkungsvoll und ressortübergreifend in allen Politikfeldern und Ressorts verankert sein. Junge Menschen müssen bei allen Themen und den Auswirkungen von Vorhaben mitgedacht und beteiligt werden. Jugendpolitik ist an den Bedarfen und Interessen junger Menschen auszurichten. Sie setzt auf selbstbestimmte und selbstorganisierte Strukturen junger Menschen. Sie wahrt auch und vor allem in Krisenzeiten die Interessen junger Menschen. Dies betrifft beispielsweise das Feld der mentalen Gesundheit junger Menschen.³

Das Wahlalter für den Deutschen Bundestag muss wie zum europäischen Parlament auf 16 Jahre gesenkt werden. Dieses grundrechtsgleiche Recht darf jungen Menschen nicht weiter vorenthalten werden. **Kinderrechte müssen mindestens nach den Standards der UN-Kinderrechtskonvention in das Grundgesetz aufgenommen werden!**

¹ Ein Beispiel für gelungene Jugendbeteiligung auf Bundesebene ist die „Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen“, die der organisierten jungen Zivilgesellschaft Zugang, Dialog und Mitwirkungsmöglichkeiten auf Bundesebene gibt. Zur Koordinierungsstelle: <https://www.dbjr.de/artikel/koordinierungsstelle-jugendbeteiligung-in-klimafragen>

² <https://standards.jugendbeteiligung.de/>

³ <https://www.dbjr.de/artikel/mentale-gesundheit-junger-menschen-in-krisenzeiten-staerken>

1. WIRKSAME BETEILIGUNG UND EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK



Keine Erläuterungen zu Jugendbeteiligung auf Bundesebene, einer guten und eigenständigen Jugendpolitik, der Absenkung des Wahlalters und der Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz.



„Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf echte Mitbestimmung“; Kinderrechte sollen im Grundgesetz verankert werden; Aktives Wahlalter soll auf 16 gesenkt werden; „Auf allen Ebenen sollen Jugendliche aktiv in politische Prozesse einbezogen werden und ihre Beteiligung in Jugendhilfeausschüssen wird gesetzlich verankert“; „Jugendverbände, Jugendparlamente und ähnliche Strukturen leisten eine wichtige Arbeit“, deshalb sollen sie weiter unterstützt werden.



Verbesserungen für junge Menschen sollen mit jungen Menschen zusammen gestaltet und junge Menschen stärker beteiligt werden; Beteiligungsgremien wie Kinder- und Jugendparlamente sollen insbesondere auf kommunaler Ebene gestärkt werden; Kinderrechte sollen im Grundgesetz verankert und das Wahlalter bundesweit auf 16 Jahre gesenkt werden.



Keine Erläuterungen zu Jugendbeteiligung auf Bundesebene, einer guten und eigenständigen Jugendpolitik, der Absenkung des Wahlalters und der Aufnahme der UN-Kinderrechte ins Grundgesetz.



Keine Erläuterungen zu Jugendbeteiligung auf Bundesebene, einer guten und eigenständigen Jugendpolitik, der Absenkung des Wahlalters und der Aufnahme der UN-Kinderrechte ins Grundgesetz.



Es soll einen Rechtsanspruch für Kinder und Jugendliche auf gute Entfaltung und soziale Teilhabe geben; Kinderrechte sollen im Grundgesetz verankert werden; „Absenkung des Wahlalters in allen demokratischen Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene auf 16 Jahre“.

2.

BUNDESZENTRALE TRÄGER DER JUGENDVERBANDS- ARBEIT STÄRKEN

Angesichts der aktuellen Herausforderungen müssen bestehende Strukturen und Regelangebote für junge Menschen abgesichert und zukunftsfest weiterentwickelt werden, sodass sie auch als tragfähige Basis für die Umsetzung zusätzlicher Programme und Modellprojekte zur Verfügung stehen. Dafür muss der Kinder- und Jugendplan des Bundes als das zentrale Förderinstrument des Bundes gestärkt und abgesichert werden, indem er bedarfsgerecht mit Mitteln ausgestattet wird. Die Summe der bedarfsgerechten Ausstattung muss anschließend unter Berücksichtigung der tariflichen Steigerungen bei den Personalkosten sowie der Preisentwicklungen jährlich angepasst/erhöht werden (Dynamisierung). **Dazu gehört auch, dass die Arbeit der Jugendverbände auf Bundesebene als Werkstätten der Demokratie nachhaltig und krisensicher finanziert wird.** Eine bedarfsgerechte Ausstattung bedeutet für die Jugendverbände eine dezidierte Aufstockung von zwei Millionen Euro im Vergleich zum Bundeshaushalt von 2024.

2. BUNDESZENTRALE TRÄGER DER JUGENDVERBANDSARBEIT STÄRKEN



Keine Erwähnung Kinder- und Jugendplan/ Jugendverbände.



„Jugendverbände, Jugendparlamente und ähnliche Strukturen leisten eine wichtige Arbeit, deshalb sollen sie weiter unterstützt werden.“



„Die Mittel des Kinder- und Jugendplans wollen wir aufstocken.“



Keine Erwähnung Kinder- und Jugendplan/ Jugendverbände.



Keine Erwähnung Kinder- und Jugendplan/ Jugendverbände.



„Die Mittel des Kinder- und Jugendplanes des Bundes müssen aufgestockt werden.“

3.

DEMOKRATIE ACHTEN UND SCHÜTZEN

Es braucht die massive Stärkung und Investition in die demokratische Zivilgesellschaft, die tagtäglich Demokratie mit Leben füllt und gegen Rechtsextreme verteidigt. **Dies umfasst jedenfalls eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, die das demokratiepolitische Engagement und die politische Betätigung zur Stärkung der Demokratie fördert.**

Die AfD ist der parlamentarische Arm des Rechtsextremismus und des völkischen Nationalismus. Rechtsextremismus und damit die Abschaffung der freiheitlichen Demokratie und der Menschenwürde in der Bundesrepublik Deutschland ist damit als Partei wählbar. Wenn die AfD verfassungswidrig ist, darf sie keine parlamentarische Macht ausüben können, um die Abschaffung der Demokratie voranzutreiben. **Diese Überprüfung der AfD vor dem Bundesverfassungsgericht braucht es jetzt.**⁴

⁴ <https://www.dbjr.de/artikel/afd-partieverbotsverfahren-jetzt>

3. DEMOKRATIE ACHTEN UND SCHÜTZEN



„Rechtsextremisten, Reichsbürger und sogenannte Selbstverwalter delegitimieren unseren Staat und seine Institutionen. Offene Gewaltbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit machen sie besonders gefährlich. Wir bekämpfen sie mit voller Härte auf der Basis unseres 2020 gestarteten Maßnahmenpakets gegen **Rechtsextremismus**.“

Keine Informationen zu Gemeinnützigkeitsrecht, AfD-Verbot.



u.a. „Deutschland ist eine starke Demokratie und eines der sichersten Länder der Welt. Wir sorgen mit Herz und Hand dafür, dass beides so bleibt. Wir wissen aus unserer eigenen Geschichte: Demokratie ist die Grundlage von allem (...). Deshalb verteidigen und stärken wir sie – als Kern unserer Gesellschaft und Basis für eine gute Zukunft (...). Diskriminierung, Rassismus, **Rechtsextremismus**, Antisemitismus, Islamismus wie alle anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bekämpfen wir. Dabei suchen wir den Schulterschluss zu allen Demokratinnen und Demokraten sowie Organisationen für eine starke Zivilgesellschaft. Wir wollen Demokratie erlebbar machen und die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement unterstützen“; „Das **Gemeinnützigkeitsrecht** wollen wir modernisieren“.

Keine Informationen zu AfD-Verbot.



„Unsere Demokratie ist das Fundament unseres Landes. Sie stellt das in den Mittelpunkt, was uns zusammenhält: die Freiheit und die Würde der Menschen; Im Angesicht der Bedrohungen für unsere Demokratie kommt es darauf an: Wir müssen uns als Land auf unsere demokratische Kraft neu besinnen. Die größte Gefahr geht aktuell laut Bundesamt für Verfassungsschutz vom **Rechtsextremismus** aus.“

Keine Informationen zu Gemeinnützigkeitsrecht und AfD-Verbot.

3. DEMOKRATIE ACHTEN UND SCHÜTZEN

Freie
Demokraten
FDP

„Eine freiheitliche Gesellschaft und eine funktionierende Demokratie gehören zusammen. Wir verteidigen die Institutionen der liberalen Demokratie gegen Angriffe von Extremisten und gegen die Unterwanderung durch autoritäre Regime; Eine funktionierende Demokratie braucht eine lebendige Zivilgesellschaft.“

Rechtsextremismus wird ausschließlich im Zusammenhang mit den Grauen Wölfen genannt.

Keine Informationen zu Gemeinnützigkeitsrecht, AfD-Verbot.

Bündnis Sahra
Wagenknecht

„Mehr Demokratie wagen“ wird insbesondere auf Ausbau sog. „direkter Demokratie“ bezogen.

Keine Informationen zu Rechtsextremismus, Gemeinnützigkeitsrecht, AfD-Verbot.

Die Linke

*„Wenn Demokratiefeinde unsere Rechte einschränken wollen, dann setzen wir dem mehr Mitbestimmung und breite zivilgesellschaftliche Bündnisse zur Verteidigung unserer Demokratie entgegen. Wir fordern das Verbot militanter, bewaffneter, neonazistischer Organisationen und unterstützen, dass das Bundesverfassungsgericht **ein Verbot der AfD** prüfen soll“*

Gemeinnützigkeitsrecht soll mit einer Klarstellung der als gemeinnützig anerkannten Zwecke reformiert werden.

4.

JUNGES ENGAGEMENT STÄRKEN

Der Bundesjugendring lehnt jede Art der Dienstpflicht für junge Menschen ab. Junge Menschen engagieren sich freiwillig und aus Überzeugung und brauchen deshalb Chancen und gute Perspektiven, um sich in die Gesellschaft einbringen zu können. Statt eines Pflichtdienstes für junge Menschen müssen Freiwilligendienste erheblich ausgebaut und gestärkt werden. **Dies umfasst die Einführung eines Rechtsanspruchs⁵ auf einen Freiwilligendienst sowie eine ausreichende Finanzierung.**

Wer sich in jungen Jahren engagiert, tut dies überdurchschnittlich häufig ein Leben lang. Die Aufgabe des Staates ist es, Engagement und Ehrenamt zu ermöglichen, zu fördern und zu stärken. Dies gilt insbesondere für das Engagement junger Menschen. Dazu braucht es u.a. eine stärkere Anerkennung. Die **kostenfreie Integration des Deutschlandtickets in die Jugendleiter*in-Card (Juleica)** als bundesweit einheitlichen Ausweis für ehrenamtlich Mitarbeitende in der Jugendarbeit ist ein guter Schritt, um Bürokratie abzubauen und das Ehrenamt junger Menschen wirksam zu stärken.

⁵ <https://www.dbjr.de/artikel/freiwilligkeit-staerkt-demokratie-und-den-zusammenhalt-fuer-einen-rechtsanspruch-auf-freiwilligendienst-statt-eines-verpflichtenden-gesellschaftsjahres>

4. JUNGES ENGAGEMENT STÄRKEN



Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres, das mit einer aufwachsenen Wehrpflicht zusammengedacht werden soll: „(...) aus dem Kreis der Gemusterten sollen diejenigen benötigten Tauglichen kontingentiert und zum Grundwehrdienst einberufen werden, die ihre Bereitschaft zum Wehrdienst signalisiert haben.“ Bis zu einer Umsetzung eines Gesellschaftsjahres sollen die **Freiwilligendienste** und der Bundesfreiwilligendienst gestärkt werden.



„Das Engagement in der Zivilgesellschaft ist für Kinder und Jugendliche eine wertvolle Erfahrung und muss als Teil ihrer Bildung gesehen werden, ein **Freiwilligendienst** bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich für ihre Gemeinschaft einzusetzen und dabei wertvolle soziale Kompetenzen zu entwickeln, derzeit gibt es vielerorts mehr Interessentinnen und Interessenten als Plätze.“; Finanzierung der Freiwilligendienste soll auf Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung weiterentwickelt werden.



Das **Recht auf einen Freiwilligendienst** soll verankert und Plätze im Bundesfreiwilligendienst ausreichend und verlässlich finanziert werden; Zusammen mit Ländern und Kommunen soll eine bundesweite Engagementkarte eingeführt werden, um den Besuch von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen oder die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu vergünstigen.



Allgemeine Dienstpflicht, ein sog. Gesellschaftsjahr und verwandte Konzepte werden als schwerer Freiheitseingriff gesehen und daher entschieden abgelehnt, stattdessen soll auf attraktive und berufsvorbereitende **Freiwilligendienste** gesetzt werden.



„Das Prinzip der Freiwilligkeit ist in der beruflichen Orientierungsphase der Heranwachsenden von enormer Bedeutung und soll nicht für Kriegs- und Aufrüstungspolitik außer Kraft gesetzt werden“; Ehrenamt ist zentrale Säule der Gesellschaft, weshalb es künftig gezielter gefördert und unterstützt werden soll.



Keine Informationen zum Freiwilligendienst, keine sonstigen Informationen im Bereich junges Engagement.

5.

KINDER- UND JUGENDARMUT BEKÄMPFEN

Armut bedeutet unter anderem soziale Ausgrenzung, schlechte Bildungschancen, höheres Risiko von Gesundheitsproblemen und schlechte Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe. **Eine echte Kindergrundsicherung⁶ ist ein wesentlicher Baustein im Kampf gegen Kinder- und Jugendarmut. Sie muss eingeführt werden.** Jugendarmut als eigenständiges Phänomen trifft die jungen Menschen in einer Phase, in der sie entscheidende Übergänge in die Eigenständigkeit bewältigen müssen und ihren eigenen Lebensweg einschlagen. Sie muss daher auch gezielt analysiert und in (Aus-)Bildung, Studium und Erwerbsleben bekämpft werden.

⁶ <https://www.dbjr.de/artikel/kindergrundsicherung-als-wichtigen-baustein-einfuehren>

5. KINDER- UND JUGENDARMUT BEKÄMPFEN



Keine expliziten Äußerungen zum Thema Kinder- und Jugendarmut sowie zur Kindergrundsicherung.

Aber: Kinderfreibetrag soll in Richtung des Grundfreibetrags der Eltern entwickelt werden, Kindergeld soll angehoben und künftig nach der Geburt automatisch ausgezahlt werden, Alleinerziehende sollen finanziell entlastet werden.



u.a. Einsetzung eines Maßnahmenpakets, um Kinderarmut weiter zu bekämpfen, „Familien – insbesondere auch Alleinerziehende – mit eigenem niedrigem Lohneinkommen sollen mit einer Kombination aus Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld nicht auf ergänzendes Bürgergeld angewiesen sein“; Zentrale Ansprechstelle soll Zugänglichkeit dieser Leistungen weiter verbessern und die (digitale) Beantragung soll erleichtert werden; Wo möglich sollen Leistungen automatisch beantragt und ausgezahlt werden; Konsequenter Ausbau der **Infrastruktur für Bildung und Teilhabe** statt Ausweitung der Frühen Hilfen; Flächendeckend gute Kitas; Startchancenprogramm für Kitas in benachteiligten Lagen; Ausbau von Familienzentren; Schrittweise Ausbau des Startchancenprogramms an Schulen; Gute Ganztagsangebote für Schulkinder; Gesundes und kostenloses Mittagessen an allen Kitas und Schulen sowie **Mobilität für Kinder und Jugendliche**.



u.a. „Sozialleistungen sollen einfacher, digitaler, bürgerfreundlicher und transparenter werden, insbesondere der bisherige Kinderzuschlag und die Leistungen der **Bildung und Teilhabe**“; **Kindergrundsicherung** soll Leistungen bündeln; „Eltern müssen von Anfang an über ihre Ansprüche informiert werden“, die Beantragung und Auszahlung soll kosteneffizient, pauschal und automatisiert erfolgen; **soziokulturelles Existenzminimum für Kinder soll neu berechnet werden**; Alleinerziehende sollen bei der Anrechnung von Unterhalt und Einkommen entlastet werden.

5. KINDER- UND JUGENDARMUT BEKÄMPFEN

Freie
Demokraten
FDP

Keine expliziten Äußerungen zum Thema Kinder- und Jugendarmut sowie zur Kindergrundsicherung.

Aber: Familien und Alleinerziehende sollen stärker entlastet werden, indem die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten und gesetzlichen Unterhaltsleistungen verbessert werden soll.

Bündnis Sahra
Wagenknecht

„Jedes fünfte Kind in Deutschland ist armutsgefährdet, noch viel mehr sind von sozialer Ausgrenzung bedroht“; Betroffene Kinder, Jugendliche und ihre Familien sollen gezielt aus der Armut geholt und ihnen Chancen auf Teilhabe, Talentförderung und gute Bildung – unabhängig von der Herkunft – eröffnet werden; „Kinderarmut ist immer auch Elternarmut und lässt sich nur durch höhere Löhne und eine bessere soziale Absicherung im Falle von Krankheit und Arbeitslosigkeit bekämpfen.“

Die Linke

Einführung einer **Kindergrundsicherung**, um Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, Kindergrundsicherung soll aus vier Säulen bestehen: Kindergeld für alle Kinder (379 Euro monatlich; entspricht der maximalen monatlichen Entlastungswirkung des Steuerfreibetrags für Kinder und Jugendliche im Jahr 2024), Kinderzuschlag für Kinder, die in Armut leben (altersgestaffelt bis zu 353 Euro monatlich), Tatsächliche Unterkunftskosten (anteilig), Einmalige und besondere Bedarfe (z. B. Klassenfahrten, Umzugskosten o. ä.).

6.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND KLIMAGERECHTIGKEIT

Junge Menschen haben das Menschenrecht auf den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen. Daher fordern sie zurecht eine konsequent nachhaltige Entwicklung und massives politisches Engagement für Natur-, Umwelt-, und Klimaschutz, sowie Biodiversität. **Alle politischen Maßnahmen müssen daher an völkerrechtlichen Vereinbarungen wie dem Pariser Klimaabkommen, dem Übereinkommen für biologische Vielfalt (CBD) und den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 ausgerichtet werden.** Der notwendige ökologische Wandel muss dabei sozialpolitisch gerecht flankiert werden und seine Finanzierung nach dem Verursacherprinzip erfolgen. Ein umwelt- und klimagerechter Wandel umfasst dabei den zügigen Ausbau einer nachhaltigen Mobilität, eine rasche Bau- und Wohnwende, den vollständigen Ausbau von erneuerbaren Energien und die Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer konsequenten Kreislaufwirtschaft und zu einem fairen Welthandel⁷, damit Sicherheit und Freiheitschancen junger Menschen, sowie zukünftiger Generationen, erhalten bleiben.

⁷ <https://www.dbjr.de/artikel/sozial-und-oekologisch-gerecht>

6. NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND KLIMAGERECHTIGKEIT



u.a. Grundsätzliche Zustimmung zu Klimaneutralität bis 2045, aber unter Prämisse der „Wettbewerbsfähigkeit“; Rücknahme Gebäudeenergiegesetz und Verbrennerverbot; Emissionshandel; Rückerstattung der Einnahmen durch CO₂ Preise an Bürger*innen und Unternehmen; Kernenergie als Option beibehalten; „Menschen sollen ihre Mobilität frei wählen können“; ÖPNV attraktiver und zuverlässiger machen; „Neben Elektromobilität sollen alle klimafreundlichen Möglichkeiten für alternative Antriebe und energieeffiziente Kraftstoffe genutzt werden“, verantwortungsvolle Kreislaufwirtschaft, Baukosten durch niedrigere, sinnvolle Standards senken; Baukostenmoratorium, sozialen Wohnungsbau solide fördern.



u.a. Klimaneutralität bis 2045; CO₂-Bepreisung; schneller Ausbau erneuerbarer Energien; Kohleausstieg bis spätestens 2038 (wobei früherer Ausstieg möglich bleibt); Ablehnung von Atomkraft und Kernfusion; Einführung eines Klimageldes; Ziel der nutzerorientierte und klimaneutralen Mobilität; Schienennetz zukunftsfähig machen; Umstieg auf E-Autos attraktiv machen; Junge Menschen ab 17 Jahren sollen einen Mobilitätspass mit 500 Euro Guthaben erhalten; Preis des Deutschlandtickets soll dauerhaft auf dem aktuellen Niveau bleiben; Einführung eines Tempolimits; Umfassendere Kreislaufwirtschaft; Wohnraummangel mit einer Investitions-, Steuer- und Entbürokratisierungsoffensive überwinden; Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen; Unbefristete Mietpreisbremse; Regelmäßige und automatische Erhöhung der BAföG Wohnkostenpauschale; Studierende und Azubis sollen für WG-Zimmer nicht mehr als 400 Euro zahlen; Investitionen in den sozialen Wohnungsbau; Einführung einer bundeseigenen Wohnungsgesellschaft, Genossenschaftsprogramm verstetigen und ausbauen; Potenziale im seriellen und modularen Bauen heben; Bundesprogramm ‚Junges Wohnen‘ fortsetzen und aufstocken.



u.a. Klimaneutralität bis 2045; CO₂-Bepreisung; schneller Ausbau erneuerbarer Energien; Kohleausstieg bis 2030; Ablehnung von Atomkraft und Kernfusion; Einführung eines Klimageldes; Ausbau der Bahn noch weiter intensivieren und den Umstieg auf E-Mobilität beschleunigen; Staatliche Unterstützung beim Erwerb eines verbrauchsarmen E-Autos; Ticketpreis von 49 Euro für Deutschlandticket soll sichergestellt werden; Kostenlose/stark vergünstigte ÖPNV-Angebote für junge Menschen bundesweit; Einführung eines Tempolimits; Übergang zu einer effektiven Kreislaufwirtschaft; Mietpreisbremse für Wohnungen die älter als 5 Jahre sind; Rahmenbedingungen für schnelles, möglichst preiswertes und klimaverträgliches Bauen schaffen; Weitere Förderung des Bundesprogramms ‚Junges Wohnen‘.

6. NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND KLIMAGERECHTIGKEIT

Freie
Demokraten
FDP

u.a. Ziel der Klimaneutralität bis 2045 soll durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzt werden; Emissionshandel; Rückerstattung der Einnahmen durch CO₂-Preise an Bürger*innen und Unternehmen; Langfristig Einführung von CO₂-Preisen anstelle von Energie- und Kfz-Steuern; Abschaffung Gebäudeenergiegesetz; Kreislaufwirtschaft für mehr Klima-, Arten- und Naturschutz; Zusammenspiel von Bus, Bahn und anderen Verkehrsmitteln sowie marktorientierte Angebote wie Ruftaxis stärken; Ablehnung eines Tempolimits; Kein Verbot des Verbrennungsmotors sondern alternative Kraftstoffe wie etwa E-Fuels; Steuerliche Abschreibungen im Wohnungsbau verbessern; Baukostenmoratorium; Beschleunigte Genehmigungsverfahren; „Schneller Wohnungsbau hat Vorrang vor überflüssigen Umweltgutachten“; Voranbringen des seriellen Bauens, Bund-Länder-Offensive für den Bau.

Bündnis
Saara
Wagenknecht

u.a. „Wir fordern eine Abkehr vom Wunsdenken einer schnell erreichbaren völligen Klimaneutralität“; Ablehnung eines CO₂-Preises; Globaler Emissionshandel; Förderung effizienter Mischtechnologien anstelle eines vollständigen Fokus auf 100% erneuerbare Energien; Ausbau der Kreislaufwirtschaft zur Schonung von Ressourcen; Ablehnung eines Tempolimits; „Wir wollen Schluss machen mit der Autofeindlichkeit“; Verbrennerverbot kippen; Bezahlbarer und gut ausgebauter öffentlicher Nahverkehr und mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene bringen; Gemeinnützigen Wohnungsbau stärken; Vereinfachung von seriellen Bauen und die Einführung eines vereinfachten Genehmigungsverfahrens für sozialen Wohnungsbau.

Die Linke

u.a. Produktions- und Lebensweisen sollen klimaneutral werden; Kohleausstieg bis 2030; Ablehnung von Atomkraft und Kernfusion; Einführung eines sozialen Klimageldes; Staatliche Investitionen in die Verkehrswende; Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets; Für Schüler*innen, Azubis, Studierende und Senior*innen sofortiges 0-Euro-Ticket, für alle Abonent*innen sollen sechs Freifahrten pro Jahr im Fernverkehr zur Verfügung stehen; Perspektivisch kostenfreier ÖPNV in ganz Deutschland; Tempolimit; Schneller Ausbau der erneuerbaren Energien; Mehr Kreislaufwirtschaft; Investitionsprogramm über 200 Milliarden Euro für den klimagerechten Industrieumbau; Klima- und Transformationsfond ausbauen; Investitionsoffensive für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau; Einführung eines bundesweiten Mietendeckels; Immobilienkonzerne mit mehr als 3000 Wohnungen in öffentliches Eigentum überführen; Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit (mittelfristig 30% gemeinnützige Wohnungen); Öffentliche Förderung nur für gemeinnützigen Wohnungsbau.

7.

GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT STÄRKEN

Es braucht eine klare Haltung gegen Hass, Antisemitismus und Rassismus, für eine vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen leben können, egal wo sie herkommen, welchen Pass oder Aufenthaltsstatus sie haben. Es kommt darauf an, auch durch politisches Tun, Gesicht für eine solidarische und offene Gesellschaft zu zeigen, in der die Würde aller Menschen unantastbar ist.⁸ Insbesondere gilt für alle jungen Menschen und damit auch für junge Geflüchtete: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“⁹

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) muss weiter vorangebracht werden. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Behinderung müssen in allen Lebensbereichen angstfrei und gleichberechtigt teilhaben können. Dafür braucht es Anerkennung und Unterstützung. Ein wesentlicher Schritt ist eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe.

Es braucht weiterhin Anstrengungen, um queere junge Menschen zu stärken und gute Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Aufwachsen zu ermöglichen. Dazu gehört jedenfalls die Weiterentwicklung des Selbstbestimmungsgesetzes aus Sicht junger Menschen. Ebenso muss die Diskriminierung von Regenbogenfamilien durch eine Reform des Abstammungsrechts endlich beendet werden, womit insbesondere auch Kindern und Jugendlichen eine rechtliche Absicherung ihrer Familienrealität ermöglicht wird.

⁸ <https://www.dbjr.de/artikel/migrationspolitik-ist-jugendpolitik>

⁹ § 1 SGB VIII

7. GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT STÄRKEN



u.a. Rechte für junge Geflüchtete: u.a. strikte Begrenzung der Migration; Aussetzung Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten; Kontrollen deutscher Staatsgrenzen und konsequente Zurückweisung; Ausweisung weiterer ‚sicherer Herkunftsländer‘; Aufnahme eines bestimmten Kontingents von ‚tatsächlich Schutzbedürftigen‘ aus dem Ausland.

UN-Behindertenrechtskonvention: u.a. Stärkung von Selbständigkeit, Eigenverantwortlichkeit und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen; Vereinfachter Zugang zu Ausbildung und Arbeit; Einführung einer integrierten Leistungsplanung; Inklusivere Gestaltung des Gesundheitssystems; Förderung der Gebärdensprache als Minderheitensprache; Mehr Achtsamkeit im öffentlichen Raum schaffen.

Inklusives SGB VIII: *„Wir entwickeln die Kinder- und Jugendhilfe so weiter, dass sie ihnen bestmögliche Unterstützung bietet.“* Keine expliziten Informationen zu inklusivem SGB VIII.

Selbstbestimmungsgesetz: Ablehnung des Selbstbestimmungsgesetzes.

Reform des Abstammungsrechts: Keine Informationen.

u.a. Rechte für junge Geflüchtete: *„Wer als Geflüchteter keinen Schutzstatus erhalten hat und dennoch Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft bewältigt und straffrei ist, dem soll der Spurwechsel in die Fachkräfteeinwanderung ermöglicht werden“*; Humanitäre Standards für Geflüchtete sollen in ganz Europa bestehen und Migration solidarisch gesteuert werden; Geordnete Migration auf den Arbeitsmarkt und bessere Kontrolle der Fluchtmigration.

UN-Behindertenrechtskonvention: *„Wir setzen uns ein für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen ihr Recht auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe verwirklichen können“*; Verbesserung der Barrierefreiheit im privaten und öffentlichen Raum; Verwirklichung des gleichen Rechts auf Arbeit für Menschen mit Behinderungen; Bundesweite Förderung der Deutschen Gebärdensprache und Unterstützung möglichst vieler Menschen beim Erwerb dieser Sprache; Effektiver Gewaltschutz in der Behindertenhilfe.

Inklusives SGB VIII: Keine Informationen.

Selbstbestimmungsgesetz: *„Die SPD steht hinter dem Selbstbestimmungsgesetz und den bisherigen queerpolitischen Errungenschaften.“*

Reform des Abstammungsrechts: *„Wir wollen dafür sorgen, dass alle Diskriminierungen queerer Familien („Regenbogenfamilien“) im Familien- und Abstammungsrecht aufgehoben werden: Queere Familien sollen im Familien- und Abstammungsrecht vollständig gleichgestellt werden.“*



7. GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT STÄRKEN

u.a. Rechte für junge Geflüchtete: u.a. funktionierende und pragmatische Flucht- und Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung verbindet; Verteidigung des Grundrechts auf Asyl; Bekenntnis zu völkerrechtlichen Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention; Schnelle und faire Verfahren; Familiennachzug soll weiter ermöglicht und existierende Einschränkungen aufgehoben werden; Menschenrechte müssen überall eingehalten werden, auch an den EU-Außengrenzen; Die besonderen Bedürfnisse vulnerabler Gruppen wie Frauen, Kinder, queere Menschen oder Menschen mit Behinderung müssen im Asylverfahren berücksichtigt werden; Seenotrettung als humanitäre Verpflichtung.

UN-Behindertenrechtskonvention: u.a. „Wir wollen eine inklusive Gesellschaft schaffen, in der Menschen mit Behinderung gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Recht endlich Wirklichkeit wird. Die **Behindertenrechtskonvention** der Vereinten Nationen (UN) ist dabei Maßstab unseres Handelns“; Einrichtung einer Enquete Kommission Inklusion unter Beteiligung von betroffenen Menschen; Barrierefreiheit konsequent umsetzen; Menschen mit Behinderung sollen Potenziale gleichberechtigt auf dem Arbeitsmarkt einbringen; Eingliederungshilfe mit ihren Schnittstellen soll verbessert werden; Ausbau von Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe.

Inklusives SGB VIII: „Mit der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII sorgen wir dafür, dass alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung eine zentrale Ansprechstelle haben und ganzheitlich und individuell gefördert werden.“

Selbstbestimmungsgesetz: „Als Gesellschaft verbindet uns der Wunsch, frei und selbstbestimmt zu leben. Politik muss den Rahmen dafür schaffen. Noch zu häufig erleben lesbische, schwule, bi, trans*, inter* und queere Menschen (LSBTIQ*) Gewalt und Diskriminierung. Das nehmen wir nicht hin.“

Reform des Abstammungsrechts: Anpassung des Familienrechts, Beendigung der Diskriminierung von Regenbogenfamilien im Abstammungsrecht, dabei Berücksichtigung der Elternschaft von trans*, inter* und nicht binären Menschen; Verbesserung der rechtlichen Situation von Familien mit mehr als zwei Eltern.

u.a. Rechte für junge Geflüchtete: u.a. „Schutzsuchende mit Bleiberecht müssen so schnell wie möglich Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten“; Asylverfahren und Asylgerichtsverfahren beschleunigen; Asylverfahren auch in Drittstaaten wenn Schutzsuchende dort sicher und rechtstaatliche Verfahren gewährleistet sind; Geordnetes Verfahren zur Feststellung von mehr sicheren Herkunftsstaaten; Familiennachzug von subsidiär Schutzberechtigten soll ausgesetzt werden, Für modellhafte Erprobung von Zurückweisungen an den deutschen Außengrenzen.

UN-Behindertenrechtskonvention: u.a. Für mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Leben; Stärkere Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung; inklusives Bildungssystem; Praxisnahe Förderung und Arbeitsvermittlung.

Inklusives SGB VIII: Keine Informationen.

Selbstbestimmungsgesetz: Keine Informationen.

Reform des Abstammungsrechtes: Abstammungsrecht soll modernisiert werden



7. GESELLSCHAFTLICHE VIELFALT STÄRKEN

Bündnis Sahra
Wagenknecht

u.a. „Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl für wirklich Schutzbedürftige. Gleichzeitig wollen wir die unkontrollierte Einwanderung beenden. Wer aus einem sicheren Drittstaat einreist, soll kein Recht auf Aufenthalt haben und wer kein Recht auf Aufenthalt hat, keinen Anspruch auf ein Asylverfahren und soziale Leistungen“, Aufkündigung des Globalen Migrationspaktes.

UN-Behindertenrechtskonvention: „Wir fordern eine konsequentere Umsetzung der seit 2009 auch für Deutschland geltenden UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im Bund und in den Ländern.“

Inklusives SGB VIII: Keine Informationen.

Selbstbestimmungsgesetz: Ablehnung des Selbstbestimmungsgesetzes.

Reform des Abstammungsrechtes: Keine Informationen.

u.a. Rechte für junge Geflüchtete: u.a. Ablehnung aller bisherigen Asylrechtsverschärfungen; Keine Militarisierung der europäischen Grenzen; Unbürokratische Anerkennung von Abschlüssen von Geflüchteten; Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer; Alle in Deutschland geborenen Kinder sollen deutsche Staatsangehörigkeit erhalten; Abschiebungen, insbesondere in Krieg, Verfolgung und Elend werden abgelehnt; Uneingeschränkte Arbeitserlaubnis ab Tag 1 der Ankunft.

UN-Behindertenrechtskonvention: „2023 wurde Deutschland von der UN auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geprüft und vor allem für das stark ausgebaute System von Sonderstrukturen, sowohl in der schulischen Bildung, bei der Beschäftigung in Werkstätten, als auch in Form von großen stationären Wohneinrichtungen kritisiert. Das muss nicht sein und verstößt gegen die Menschenwürde. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen an allen Aspekten des Lebens selbstverständlich teilhaben können“, Maßnahmen u.a.: Barrierefreiheit umfassend herstellen; Inklusive Gestaltung von Bildung; Mindestlohn in Werkstätten.

Inklusives SGB VIII: Keine Informationen.

Selbstbestimmungsgesetz: „Das Selbstbestimmungsgesetz ist in seiner jetzigen Form mangelhaft und muss verbessert werden. Absurde Regelungen etwa mit Blick auf den Kriegsfall oder rassistische Ausschlüsse etwa von Geflüchteten müssen gestrichen werden.“

Reform des Abstammungsrechtes: „Das Abstammungsrecht muss reformiert werden, denn es diskriminiert queere Familien.“

Die Linke

8.

EUROPA JUGENDGERECHT GESTALTEN

Junge Menschen entwickeln eine weiterführende Idee von Europa. Sie streben nach Freiheit und gehen selbstverständlich über Staatsgrenzen hinweg. Sie wollen keinen rein wirtschaftlichen Zusammenhalt in Europa, vielmehr wollen sie ein soziales und solidarisches Europa. Ein starkes und sichtbares Jugendprogramm ist für junge Menschen zentral. **Die Bildungs- und Jugendförderprogramme Erasmus+ und der Europäische Solidaritätskorps müssen bedarfsgerecht finanziert und strukturell ausgebaut werden.** Zur Berücksichtigung ihrer Interessen braucht es eine angemessene Beteiligung an politischen Prozessen.

8. EUROPA JUGENDGERECHT GESTALTEN



Im Europateil des Wahlprogramms werden junge Menschen im Bezug auf Europa nicht erwähnt. Das Erasmus-Programm findet keine Erwähnung.



Im Europateil des Wahlprogramms werden junge Menschen im Bezug auf Europa nicht erwähnt. Das Erasmus-Programm findet keine Erwähnung.



Im Wahlprogramm von Bündnis90/Grünen werden junge Menschen im Bezug auf Europa nicht erwähnt. Erasmus+ soll gestärkt werden, *„Wir wollen mehr Menschen den akademischen und beruflichen Austausch über Erasmus+ ermöglichen.“* und *„Europäische öffentliche Güter wie Infrastruktur, Erasmus, grenzüberschreitende Forschung [...] werden wir stärken.“*



Im Wahlprogramm der FDP werden junge Menschen im Bezug auf Europa nicht erwähnt.

Die FDP nennt das Erasmus Programm in ihrem Wahlprogramm und beabsichtigt, Programme „Erasmus+“ und *„AusbildungWeltweit für Auszubildende [...] aus [zu] bauen.“*



Das Bündnis Sarah Wagenknecht erwähnt junge Menschen im Bezug auf Europa nicht im Wahlprogramm. Das Erasmus-Programm findet keine Erwähnung.



Die LINKE erwähnt junge Menschen im Bezug auf Europa nicht im Wahlprogramm. Das Erasmus-Programm findet keine Erwähnung.

9.

SCHULDENBREMSE ABSCHAFFEN

Eine dogmatische Austeritätspolitik, die allein den ausgeglichenen jährlichen Staatshaushalt im Blick hat, ignoriert die Bedürfnisse der jungen und zukünftigen Generationen und ist nicht in ihrem Interesse. **Daher muss die Schuldenbremse abgeschafft werden.**¹⁰ Durch Beibehaltung der Schuldenbremse würden Ausgaben für die grundlegendste Infrastruktur unmöglich. Dies gilt besonders für die Infrastruktur für junge Menschen. Statt Kürzungen und Austerität braucht es heute massive Investitionen für junge Menschen und kommende Generationen.

¹⁰ <https://www.dbjr.de/artikel/forderungen-fuer-eine-jugend-und-generationengerechte-fiskalpolitik>

9. SCHULDENBREMSE ABSCHAFFEN



„An der grundgesetzlichen Schuldenbremse soll festgehalten werden.“



„Vor allem brauchen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum, um ihre zahlreichen und wachsenden Aufgaben zu bewältigen. Dafür bieten sowohl der Deutschlandfonds als auch die Reform der Schuldenbremse für die Länder, Möglichkeiten.“



„Wir werden die Schuldenbremse sinnvoll modernisieren.“



„Freiheit für künftige Generationen bedeutet auch, ihnen keine Schuldenberge zu hinterlassen. Daher ist für uns Freie Demokraten die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zentrales Gebot der Generationengerechtigkeit.“



„Über eine Reform der Schuldenbremse wollen wir unsere marode Infrastruktur modernisieren und den Mittelstand von bürokratischen Auflagen entlasten.“



„Die Schuldenbremse muss weg.“

10.

ORTE DER DEMOKRATIE DURCH GEZIELTE FÖRDERUNG STÄRKEN

Es braucht dringend Investitionen in die zentralen Orte der Kinder- und Jugendarbeit wie Jugendbildungsstätten, Jugendherbergen und andere gemeinnützige Übernachtungs- und Freizeitstätten. Ein gezieltes Bundesprogramm muss energetische Sanierung, Digitalisierung und Barrierefreiheit beinhalten sowie den immensen Sanierungsstau beenden, um diese Orte der Demokratie zukunftsfähig aufzustellen.¹¹

¹¹ <https://www.dbjr.de/artikel/bundesjugendring-fordert-umfassendes-investitionsprogramm-fuer-jugendbildungsstaeten>

10. ORTE DER DEMOKRATIE DURCH GEZIELTE FÖRDERUNG STÄRKEN



Keine Informationen.



Keine Informationen.



„In den vergangenen Jahren sind viele Angebote der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort weggebrochen. Damit sind besonders im ländlichen Raum wichtige Begegnungsorte verloren gegangen. Mit einem Sonderprogramm wollen wir über zehn Jahre Kommunen dabei unterstützen, Strukturen für Kinder- und Jugendarbeit aufzubauen und zu stärken.“



Keine Informationen.



„Mit einem Investitionsprogramm „Kinder und Bildung“ wollen wir in eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Infrastruktur investieren. Wir fordern einen niedrighschwelligen und wohnortnahen Zugang zu Angeboten wie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Bibliotheken, Sportstätten oder Musikschulen. Die Mittel des Investitionsprogramms sollen in die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur in Städten und Gemeinden fließen, deren teils marode Einrichtungen unter dem langjährigen Sanierungs- und Investitionsstau leiden.“



„Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken und andere Einrichtungen für Kinder und Jugendliche müssen niedrighschwellig, barrierefrei, wohnortnah und möglichst gebührenfrei sein. Dafür braucht es eine Verbesserung der Finanzierungsgrundlage in den Kommunen und eine dauerhafte Ko-Finanzierung durch die Länder.“

